

Europäische und deutsche Planungsprobleme

Seitdem selbst in der bundesdeutschen Gesellschaft planwirtschaftliches und grundsätzliches Planungsdenken sozusagen salonfähig geworden ist, nimmt die einschlägige Literatur über diese Gebiete wachsenden Umfang an. Der Planungsgedanke wird auf verschiedenen Ebenen aufgegriffen, im Verlauf der Diskussionen über die gesellschaftliche Planung ist das Ausmaß der mit ihr verbundenen Probleme erst so richtig evident geworden. Das Verständnis für die Wechselwirkung, die von jeder Einzel- oder Teilplanung auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Sektoren infolge der vielfachen Zusammenhänge unter ihnen ausgeht, ist größer geworden. Es gibt heute keine sinnvolle Wirtschaftsplanung mehr ohne gleichzeitige Wissenschaftsplanung, denn die Wissenschaft ist zu einem Produktionsfaktor ersten Ranges geworden. Und ebenso ruft die Wirtschaftsplanung nach einer über das eigentlich Urbanistische hinausgehenden Regional-, Verkehrs- und Wohnbauplanung; dies sei nur gesagt, um die allgemeine Erkenntnis durch zwei naheliegende Beispiele zu verdeutlichen.

Ebensowenig kann heute eine sinnvolle Planung im Rahmen der nationalen Grenzen bleiben. Bei der Aufstellung aller Pläne im Verkehrs- und Kommunikationswesen ist dies schon seit langem eine Selbstverständlichkeit, in der privaten Planung großer, auf mehrere Länder verteilter Wirtschaftskonzerne, und in der regionalen Bauplanung von Grenzgebieten hat sich im Lauf der letzten Jahre diese Erkenntnis immer nachhaltiger durchgesetzt.

Für eine wirtschaftliche und technologische Gemeinschaftsplanung großen Stils wirbt nun in einer sehr gründlichen Studie 1) der Engländer *Christopher Layton*. Sein Buch, dem *Jean Rey*, der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, ein Vorwort geschrieben hat, stellt ein regelrechtes Integrationsprogramm der europäischen Wirtschaft auf. Der Begriff europäisch wird dabei in dem Sinn verwendet, den er ab-

1) Christopher Layton, Technologischer Fortschritt für Europa. Europa Union Verlag, Köln 1969. 444 S., Ln. 25,— DM.

weichend von den geographischen Gegebenheiten und auch von allen Denkgewohnheiten in den letzten zwanzig Jahren angenommen hat, d. h. als Bezeichnung für jene europäischen Länder, die nicht dem von Moskau aus geleiteten Rat für europäische Wirtschaftshilfe (COMECON) der Ostblockstaaten angehören.

Laytons europäische Wirtschaftsstrategie baut auf der These auf, daß ohne eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik die europäischen Länder nicht in der Lage sein werden, mit dem technologischen Niveau der beiden Weltmächte, USA und Sowjetunion, Schritt zu halten. Beide Weltmächte sind heute den europäischen Ländern in der industriellen Technologie auf den meisten Gebieten, vor allem auf den zukunftsträchtigsten, ein gut Stück voraus, und angesichts der rapiden Fortschritte, die sie im Bereich der Technologie laufend erzielen, besteht für Europa die Gefahr, daß es immer weiter zurückfällt und schließlich ganz unter die wirtschaftliche Botmäßigkeit der Weltmächte (was Westeuropa anbetrifft, der USA) gerät. Das Eindringen der großen amerikanischen Konzerne in den europäischen Markt, in europäische Produktionsgesellschaften hat ja schon weite Kreise beunruhigt, was sich etwa in dem außerordentlichen Echo des Buches „Die amerikanische Herausforderung“ von *Servan-Schreiber* widerspiegelt.

Der technologische Vorsprung der USA ist besonders ausgeprägt in einigen für die künftige Entwicklung besonders wichtigen Wachstumsindustrien, in der Luft- und Raumfahrzeugherstellung, bei den Computern und Datenverarbeitungsmaschinen, der Elektronik und der Großchemie, um nur die bedeutendsten zu nennen. Layton zeigt die Entwicklung dieser Industrien in den USA auf, weist schlüssig nach, wie die Größe des zur Verfügung stehenden Wirtschaftsraums, die einheitliche zentrale Leitung und die sichtbare Förderung durch den Staat dem technologischen Fortschritt zugute gekommen sind. Sie ermöglichten eine Großzügigkeit in der Forschung einschließlich der Grundlagenforschung und bei der Entwicklung neuer Technologien, wie sie die engen Verhältnisse der europäischen Einzelstaaten und die sich aus ihren Rivalitäten ergebenden Hindernisse nicht zuließen.

Es waren überhaupt nur die drei größeren Staaten Großbritannien, Frankreich und die Deutsche Bundesrepublik, die in dieser Richtung Anstrengungen unternahmen, ohne aber entscheidende Erfolge zu erzielen. Sie haben das amerikanische Eindringen in ihre Wirtschaft nicht verhindern können; Großbritannien und Frankreich haben ihre Bemühungen mit finanziellen Opfern bezahlt, die der Finanzkraft ihrer Wirtschaft und ihrer Währung nicht gut bekommen sind.

Welche Vereinheitlichungsbestrebungen wenigstens im Rahmen der EWG bestanden und bestehen, wird von Layton eingehend dargelegt samt den Hindernissen, auf die sie stoßen. Das von ihm entwickelte europäische Integrationsprogramm sieht eine übernationale Konzentration der maßgebenden Industrien und eine damit unausweichlich gewordene einheitliche internationale Planung auch auf anderen Teilgebieten der Wirtschaft und der Wirtschaftsgesetzgebung vor. Nur so kann nach seiner Ansicht der technologische Vorsprung der USA aufgeholt und die Spitzenposition der europäischen Industrien, die wirtschaftliche und politische Grundlage der Unabhängigkeit unseres Erdteils gesichert werden.

Layton setzt sich entschieden für diese europäische Konzentration der nationalen industriellen Konzerne ein, vor allem hinsichtlich der für die Zukunft wichtigsten Wachstumsindustrien und ebenso für deren intensive Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung. Für diese Bemühungen verlangt er eine sinngerechte staatliche Förderung. Das sind in nuce die über die Analyse der bestehenden Situation hinausgehenden Vorschläge Laytons bezüglich einer europäischen Wirtschaftsstrategie, die ein Zurückbleiben Europas im Bereich des technologischen Fortschritts verhindern soll.

Nun ist es gewiß richtig, daß die Entwicklung neuer Technologien heutzutage den Einsatz so großer Mittel erfordert, wie sie im Rahmen der europäischen Nationalwirtschaften kaum aufgebracht werden können. Es ist daher nur logisch, wenn für die europäischen Länder der Zusammenschluß zu einer Großraumwirtschaft und intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung gefordert wird, damit unser Erdteil auch hinsichtlich der Größendimensionen — Territorium, Bevölkerungszahl, Marktweite — einigermmaßen mit den USA und der Sowjetunion konkurrieren kann.

Trotzdem kann die amerikanische Entwicklung nicht unbedingt Vorbild für uns sein. Die amerikanischen Wachstumsindustrien — Raumfahrt, Elektronik usw. — und die Forschung in diesen Bereichen leben nicht nur von der Größe des amerikanischen Raumes und Marktes, sondern nicht minder vom Pentagon. Sie sind weitgehend rüstungsabhängig, und ihr Aufblühen, die von ihnen erzielten technologischen Fortschritte, sind einer der Aspekte des schon von *Eisenhower* konstatierten „militärisch-industriellen Komplexes“, der zu viele Schattenseiten aufweist, als daß seine Nachahmung auf europäischem Boden empfohlen werden könnte. Dazu kommt, daß die sozialen Verhältnisse in Europa anders — sagen wir es ruhig: wenigstens in seinen fortgeschrittenen Industrieländern besser sind als in den USA. Ein Einschwenken auf die rüstungsgestützte amerikanische Industriekonzentration, die vielfach ohne Rücksicht auf die Folgen für die Masse der Lohnempfänger erfolgt ist und die in den USA dazu geführt hat, daß dort der Prozentsatz der Arbeitslosen höher ist als in den europäischen Industrieländern, würde von der europäischen Arbeiterschaft nicht hingenommen, da sie über ganz andere Kampftraditionen als die amerikanische verfügt.

Europas Weg zur technologischen Ebenbürtigkeit mit den Weltmächten führt über eine systematische staatliche Planung. Natürlich muß dabei in vielem über die Landesgrenzen hinaus geplant werden, aber das Beispiel der USA mit ihrem spätkapitalistischen Wirtschaftsgefüge ist für viele Europäer so wenig verlockend, daß auch die Aussicht auf eine Beschleunigung des technologischen Fortschritts nicht genügen wird, um seine Nachahmung in der politischen Atmosphäre Europas durchzusetzen.

Entscheidend für Europa bleibt die Planung, eine Planung, die sich auf wissenschaftlichen Methoden aufbaut. Die Planungswissenschaft ist aber noch nicht sehr alt, sie ist erst dabei, sich ihre eigene Sprache zu erarbeiten und ihre Begriffe festzulegen. Datenverarbeitung und Kybernetik haben ihre Grundlagen erweitert, so ist jede Bemühung, auf der damit erreichten Stufe terminologische Sicherheit zu gewinnen, verdienstlich. Das gilt auch von *Rolf E. Vente*s Studie „Planung wozu?“²⁾, die ein logisch konsequentes System für das Planungsdenken vorlegt. Sie untersucht die herkömmlichen Planungsbegriffe und Planungstechniken, um dann zur Erörterung neuer Planungsmethoden überzugehen, die Rolle der Quantifizierung und Mathematisierung zu würdigen und schließlich die Beziehung zwischen Planung und Entscheidung festzulegen.

Sorgfältig unterscheidet *Vente* zwischen der Planung des Mitteleinsatzes und jener Planung, bei der das Ziel selbst Planungsobjekt wird. Die Hauptrolle der Planung sieht er in der Entscheidungsvorbereitung. Die Systematik seiner Darlegungen und seiner Bemühungen um die Schaffung einer logisch korrekten Planungsterminologie wird leider getrübt durch die Bildung von Wortungeheuern wie „Implementationsinstrumente“, wie überhaupt seine Neigung zu einem akademischen Rotwelsch, zu einer Art Professorenchinesisch dafür verantwortlich sein wird, wenn seine guten und klaren Gedanken keine Breitenwirkung erzielen.

2) Rolf E. Vente, *Planung wozu?* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1969. 239 S., kart. 24,— DM.

Spezifisch deutschen Planungsproblemen war das „Orientierungsgespräch zwischen Kulturpolitikern und Vertretern der Wissenschaft“ anlässlich einer Sitzung des Bildungspolitischen Ausschusses beim Vorstand der SPD im Herbst 1967 gewidmet. Die dort erarbeiteten Erkenntnisse, die *Waldemar von Knoeringen* in einer lesenswerten Schrift³⁾ zusammengefaßt hat, haben auch heute nichts von ihrer Bedeutung und Aktualität eingebüßt, da ja seither über diese Probleme manches geredet und geschrieben worden, aber so gut wie nichts geschehen ist, um ihre Lösung praktisch in die Wege zu leiten.

Die Grundlagen der Zukunftsplanung wurden bei diesem Gespräch in einem Referat von Professor *Karl Steinbuch* (Karlsruhe) umrissen, der die Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsplanung aufzeigte und damit zugleich Richtlinien für solche Planung gab. Wie *Gunnar Myrdal* sieht auch er alle sozialwissenschaftliche Forschung an bestimmte Wertvorstellungen gebunden; die rege Diskussion, die seinem Referat folgte, stimmte ihm darin bei, daß die Wissenschaft allein keine fertigen absoluten Wahrheiten liefern könne. Nach einem weiteren Referat des Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. *Ulrich Lohmar* rückte dann die Frage der Schaffung einer „Ständigen Deutschen Kommission zur Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung“ in das Zentrum der Debatten.

Waldemar von Knoeringen setzte sich mit besonderem Nachdruck für die Bildung eines derartigen, Regierung und Parlament beratenden Gremiums ein und hat auch im Anhang zu der genannten Schrift einen formulierten Gesetzentwurf über die Errichtung einer solchen „Deutschen Kommission“ veröffentlicht. Sie soll sich aus zwölf hervorragenden Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Praxis zusammensetzen, die der Bundespräsident auf Vorschlag der Präsidien des Bundestags und des Bundesrates ernennt. Die Zweckmäßigkeit eines derartigen Organs leuchtet ein, denn nicht nur das „Orientierungsgespräch“, auch das vorliegende Schrifttum über gesamtgesellschaftliche Planung läßt erkennen, daß eine zentrale wissenschaftlich arbeitende Stelle, die einigermaßen verläßliche Perspektiven vorlegen und koordinierte Programme für die Gesamtplanung vorschlagen kann, unerlässlich ist, um Fehlgriffe in Planung und Praxis zu vermeiden.

Es entsprach der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an diesem Orientierungsgespräch, wenn im weiteren in erster Linie über Probleme der *Bildungsplanung* gesprochen wurde. Der Berliner Senator *Carl-Heinz Evers* untersuchte unter Benützung der neuesten soziologischen Methoden und unter Verarbeitung von viel statistischem Material, unterstützt von *Jürgen Rascher* und Dr. *Hannes Kapuste*, den Modernitätsrückstand der deutschen Schule, die Revision der Bildungsinhalte und die Probleme der Schulen aller Stufen im einzelnen.

In einer Reihe von Thesen und Empfehlungen wurden die wichtigsten Ergebnisse dieses Orientierungsgesprächs sowohl dem breiteren Publikum wie insbesondere den maßgebenden Parteiinstanzen der SPD unterbreitet. Die SPD wird auf diesem Weg einer engen Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern weitergehen müssen. Nur dann besteht Hoffnung, daß sie die von ihr erstrebten Reformen gegenüber den anderen Parteien und politischen Kräften durchsetzen kann. Nicht dem Volk, wohl aber den Dilettanten muß die Entscheidung aus der Hand genommen werden, denn eine Planung ohne wissenschaftliche Grundlagen und gewissenhafte Information kann kaum zu guten Resultaten führen. Die Rolle der Wissenschaft, der Information und der Heranbildung des Volkes zum Gebrauch beider ins helle Licht gerückt zu haben, ist das hauptsächliche Verdienst dieses Orientierungsgesprächs und der schriftlichen Niederlegung seiner Ergebnisse.

3) *Waldemar von Knoeringen*, Geplante Zukunft. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1968. 160 S., brosch. 19,80 DM.